

grün:journal

grün:inhalt

Gegen Neonazis Seite 2

Für das weltoffene Land Bremen gilt es zusammenzustehen.

Mehr Freiraum Seite 3

Die Grünen wollen Schulen mehr vom Gängelband lassen.

Fisch nachhaltig Seite 4

Der ökologischen Aquakultur-Zucht gehört in Bremerhaven die Zukunft.

grün:Aktion



Angesichts des steigenden Güterverkehrs will die Bahn das Gleis 1 ausbauen. Betroffene AnwohnerInnen befürchten mehr Lärm. Die Grünen haben mit allen Beteiligten diskutiert, wie lückenloser Lärmschutz erreicht werden kann. Neben einer bundesgesetzlichen Lösung für besseren Lärmschutz – wie z.B. leisere Güterwaggons – sollen u.a. auch ein Tempolimit und eine alternative Streckenführung abseits der Wohngebiete geprüft werden.

@ Ein Bericht dazu im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke einsichten



„einsichten“. Eine Reise durch unser Umweltbewusstsein“ lautet der Titel einer Ausstellung mit Bildern und Texten von Jürgen

Warrelmann, die derzeit im Fraktionsbüro an der Schlachte 19/20 zu sehen ist. Die Ausstellung kann montags bis freitags von 10 bis 15 Uhr besichtigt werden.



Mit pragmatischen Lösungen sollen die Interessen aller VerkehrsteilnehmerInnen besser berücksichtigt werden.

Verkehrspolitik mit Augenmaß für alle

Für mehr Ausgewogenheit sind auch die berechtigten Interessen von RadfahrerInnen, FußgängerInnen und AnwohnerInnen zu berücksichtigen. Die Grünen wollen mit pragmatischen Lösungen die Sicherheit und den Lärmschutz erhöhen.

Riesige Staus in Bremen? Der Überbietungswettbewerb von CDU und FDP in verkehrspolitischer Schwarzmalerei legt diesen Trugschluss nahe. Doch das Gegenteil ist der Fall: Bremen ist die stauärmste Großstadt der Republik, wie eine aktuelle Erhebung belegt. Nachzulesen ist das selbst in der Wirtschaftswoche, die bei Bremer Christdemokraten und Liberalen offenbar nicht zur Pflichtlektüre zählt. Und so reden sie den intakten Standort munter weiter schlecht, bis die Verbraucher das dann womöglich glauben und die Geschäfte in der City tatsächlich meiden. Ausgerechnet die Händler geraten CDU und FDP mit ihrem Tunnelblick auch am Concordia-Tunnel aus dem Fokus. Dort wollen sie das Parken verbieten, obwohl die elektronische Überwachung bisher keine Verkehrsbeeinträchtigung belegt hat und die ansässigen Geschäfte von den Stellplätzen profitieren. Ebenso wie auch ihre Autofahrenden KundInnen.

„Mit ihren Schauermärchen zeigen Christ- und Freidemokraten deutlich, wie sehr sie die Belastung zig tausender BremerInnen ignorieren. So wollen sie alten Menschen, RollstuhlfahrerInnen und Eltern mit Kindern weiter viel zu steile Brücken auf der Kurfürstenallee zumuten, obwohl sich die drei neuen Ampeln bewähren. Sie verbinden die Vahr besser und erleichtern den Menschen den Übergang. Die Ampeln schalten nur bei Bedarf um. Das Tempolimit entlastet die AnwohnerInnen vom Lärm. Beides verlängert die Fahrzeit um maximal drei Minuten. Der Zeitverlust für die KraftfahrerInnen ist minimal. Der Gewinn von mehr

Sicherheit und Lärmschutz für die Anlieger groß. Der Innenstadthandel ist dadurch nicht bedroht. Selbst im Parkhaus brauchen FahrerInnen oft länger, um einen Stellplatz zu finden“, erläutert Maike Schaefer. Die verkehrspolitische Sprecherin betont, dass die Grünen keine Politik gegen AutofahrerInnen machen. „Wir sorgen aber dafür, dass auch die berechtigten Interessen von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und lärmgeplagten AnwohnerInnen berücksichtigt werden. Wir stehen für eine Verkehrspolitik mit Augenmaß zum Wohle aller“, so Maike Schaefer.

Zu einer ausgewogenen Verkehrspolitik gehört für die Grünen, den Lärm- und damit Gesundheitsschutz sowie die Luftreinheit für Anlieger zu verbessern und die Sicherheit insbesondere auch von Kindern zu erhöhen. „Wir treten konsequent für Tempo 30 in Wohngebieten ein. Das schützt unsere Kinder besser. Und alle anderen VerkehrsteilnehmerInnen. Ausgenommen bleiben sollen Hauptverkehrsstraßen. So kann der Berufs- und Lieferverkehr weiter fließen. Mit dem Ausbau des ÖPNV wollen wir den Menschen das Angebot machen, auf klimafreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Darüber hinaus machen wir uns für längere Grünphasen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen stark. Das wissen sicher auch viele AutofahrerInnen zu schätzen, die ja in Bremen häufig eben auch mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sind“, so Maike Schaefer.



Für unsere Demokratie zusammenstehen

Die Grünen rufen alle BremerInnen und BremerhavenerInnen dazu auf, sich an den Protesten gegen die Neonazis zu beteiligen. Gemeinsam können sie zeigen: Bremen und Bremerhaven sind und bleiben weltoffene Städte.



Die NPD will mit ihren menschenverachtendem Programm in die Bremische Bürgerschaft und die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung einziehen. Unter dem Motto ‚Keinen Meter‘ stellen sich die Grünen gemeinsam mit vielen anderen Initiativen den Neonazis in den Weg.

„Wir rufen alle BremerInnen und BremerhavenerInnen dazu auf, sich an den friedlichen Protesten gegen das Auftreten der Rechtsextremisten am 1. Mai zu beteiligen. Gemeinsam können wir zeigen: Bremen und Bremerhaven wehren sich gegen Neonazis. Wir lassen nicht zu, dass Rechtsextreme mit ihren Hetzparolen die Straße dominieren und das Bild unserer beiden Städte verzerren. Wir dulden in diesem Land keinen Fremdenhass. Wir dulden keine Ausgrenzung. Das ist unser Land – mit allen, die hier zusammen leben. BremerInnen und BremerhavenerInnen mit deutschem Pass und mit einem anderen Pass. Wir alle haben die Verantwortung, den Neonazis deutlich zu machen: Mit uns nie wieder! Bremen und Bremerhaven bleiben weltoffene Städte. Darum geht es – und genau das stellen Rechtsextreme in Frage“, betont der stellv. Fraktionsvorsitzende Björn Fecker.

Die Neonazis kommen heute nicht mehr nur in Bomberjacke und Springerstiefeln daher. Um ihre menschenfeindliche und antidemokratische Gesinnung unter jungen Menschen zu verbreiten, setzen

sie auf Mode, Musik, Internet und die Rolle des ‚Kümmereers‘. Um nachhaltige Erfolge im Kampf gegen rechtsextremistisches Gedankengut zu erzielen, ist neben einer Politik des sozialen Zusammenhalts die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen besonders wichtig.

„Die Projektträger leisten gelungene und wertvolle Arbeit, die wir weiter stärken wollen. Umso absurder ist es, dass die Bundesregierung jetzt ausgerechnet die Demokratie fördernden Projekte mit einer Bespitzelungsklausel unter Generalverdacht stellt“, so Björn Fecker. Denn nach dem Willen von Bundesministerin Schröder (CDU) müssen die Initiativen künftig eine ‚Extremismus-Klausel‘ unterzeichnen, um Fördergelder zu erhalten. Darin sollen sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und dafür Sorge tragen, dass dies auch für Kooperationspartner gilt – sie sollen also auch für die Gesinnung Dritter haften. Wer diese Erklärung nicht unterschreibt, erhält keine Förderung. „Die Bespitzelungsklausel muss weg. Sie ist nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern schürt auch unnötig Misstrauen“, unterstreicht Björn Fecker.

Mehr dazu im Themenbereich ‚Rechtsextremismus‘ unter www.gruene-fraktion-bremen.de



EU-Förderung erhalten

Die Gelder im EU-Haushalt werden ab 2014 neu verteilt. Ob die Strukturfonds wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder der Europäische Sozialfonds (ESF) so ausgestaltet bleiben wie bisher, ist offen. Denn in der EU sind Stimmen wie die der Bundeskanzlerin laut geworden, den EU-Haushalt zu kürzen. Das würde auch tiefe Einschnitte bei der EU-Regionalförderung bedeuten. In der laufenden Förderperiode von 2007 bis 2013 erhält das Land Bremen insgesamt 231 Millionen Euro. Die Grünen fordern den Fortbestand des bisherigen Umfangs und der Struktur der Regionalförderung. „Die EFRE- und ESF-Mittel müssen für alle Regionen zugänglich bleiben. Auch Städte wie Bremen und Bremerhaven müssen den Strukturwandel in Folge von Globalisierung und Klimawandel meistern. Das Beispiel der Offshore-Windkraft zeigt, wie wir mit EU-Fördergeldern den Strukturwandel erfolgreich gestalten. Das dient dem Klimaschutz und der Beschäftigungssicherung“, betont der europapolitische Sprecher Hermann Kuhn.



Ombudsstelle für Missbrauchsopfer

Grüne Fraktion bringt umfangreiche Initiative für verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen in Bremen auf den Weg.

Kinder und Jugendliche befinden sich z.B. in der Schule oder auch in Heimen in einem starken Abhängigkeitsverhältnis. Sie brauchen in Fällen von Missbrauch oder Diskriminierung eine unabhängige Anlaufstelle, wenn das Vertrauen zur Institution fehlt oder keine Lösung zu erzielen ist. Die Grünen machen sich deshalb für die Einrichtung einer Ombudsstelle stark, an die sich insbesondere auch junge Menschen in Fällen von sexueller, seelischer oder körperlicher Misshandlung oder Mobbing wenden können.

Die Ombudsperson soll zur Verschwiegenheit verpflichtet sein und vom Parlament gewählt werden. Den zuständigen Fachausschüssen und Deputationen soll fortlaufend berichtet werden. „Kinder und Jugendliche müssen wissen, dass es jemanden gibt, der ihnen glaubt und der sich für sie einsetzt. Mit der Ombudsstelle wollen wir zum Ausdruck bringen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen für die Bremische Bürgerschaft höchste Priorität hat“, betont die stellv. Fraktionsvorsitzende Anja Stahmann.

Außerdem setzen sich die Grünen dafür ein, die Prävention in landeseigenen und kommunalen

Einrichtungen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu verbessern. Um den Kontakt von bereits als Tätern aufgefallenen Personen mit Kindern wirksam zu unterbinden, sollte künftig beispielsweise das erweiterte Polizeiliche Führungszeugnis zu den verbindlichen Regeln gehören. Einige Bremer Vereine verlangen das bereits heute von ihren ÜbungsleiterInnen.

„Der Senat soll auch einen Verhaltenskodex zur Prävention sexueller Misshandlung in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erarbeiten. Dabei müssen der Bremer Jugendring, die Wohlfahrtsverbände und der Landessportbund selbstverständlich einbezogen werden“, so Anja Stahmann.

Nach Ansicht der Grünen sollte Bremen ferner eine Bundesratsinitiative mit anderen Ländern starten, um die Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch zu erhöhen. „Die Opfer sexuellen Missbrauchs sollen auch in das Opferentschädigungsgesetz einbezogen werden, damit sie ihnen bisher vorenthaltene Leistungen in Anspruch nehmen können“, unterstreicht der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe.

Schulen mehr Eigenständigkeit ermöglichen

Die Grünen machen sich für Modellprojekte stark, von denen staatliche Schulen dazu lernen können. Im Interview fordert die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann mehr Mut, die Zügel loszulassen.

Die Grünen fordern mehr Schulen ohne Gängelband. Warum?

Schulautonomie ist einer der Erfolgsfaktoren für erfolgreiche Schulsysteme. In anderen Ländern hat man gute Erfahrungen damit gesammelt, auf eigenständige Schulen zu setzen und die Verwaltungsapparate von Behörden sowie die Bürokratie gezielt abzuspecken. Bei der Vielzahl von Anweisungen und Richtlinien ist nicht alles dazu geeignet, die Kreativität von LehrerInnen zu beflügeln. Dabei kann gerade Engagement in der Schule viel bewirken. Es wirkt sich positiv auf die Qualität aus, wenn Schulentwicklung „von unten“ betrieben wird und nicht alles bis ins kleinste Detail von oben verordnet wird.

Wie könnte das konkret aussehen?

Schulen bekommen ein eigenes Budget, verwalten ihren Haushalt und ihr Gebäude, dürfen ihr Personal selbst auswählen. Sie entwerfen eigene Lernwege und Lernzeiten, organisieren ihren schulischen Alltag weitestgehend ohne Vorgaben von oben. Die Qualität der Schule wird extern geprüft. Schulleitungen managen ihre Schulen in Pädagogik, Personal und Organisation. Die LehrerInnen werden zu LernberaterInnen. Sie verwalten nicht mehr das Wissen, sondern begleiten die SchülerInnen. Dafür muss der Lernalltag umorganisiert werden und Schulen brauchen größtmögliche Gestaltungskompetenz für die Lehrpläne, das Budget, für Kooperationen mit Dritten. Sie sollen selbst bestimmen können, ob sie in bestimmten Fächern beispielsweise jahrgangsübergreifenden Unterricht machen oder ob sie eine Tanzpädagogin statt einer Lehrkraft einstellen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband will sogenannte Bürgerschulen gründen. Treibt das nicht die soziale Spaltung voran?

Ein oder zwei Modellschulen spalten weder die Stadtgesellschaft noch verschärfen sie die soziale Auslese. Die Bürgerschulen sollen Schulen für alle sein, ohne Schulgeld und Aufnahmegebühr. Sie arbeiten als Schulen eigenverantwortlich und legen Rechenschaft ab. Bisher haben immer nur konfessionelle Schulen einen Gründungsanspruch laut Grundgesetz. Eine eigenständige demokratische, konfessionsfreie Bürgerschule für alle Kinder wäre eine spannende Weiterung des Schulangebots. In den Niederlanden sind 70% der Schulen in freier Trägerschaft organisiert. Auch in anderen Ländern hat man erkannt, dass Autonomie zu einem Qualitätsschub führen kann. Der Staat kann viel, aber er kann nicht immer alles besser und schon gar nicht allein. Zu einer guten Schule gibt es immer unterschiedliche Wege. Die Bildungsverwaltungen tun sich schwer, vom zentralistischen System wegzukommen. Die Umstellung von einer Aufsichtsbehörde in eine Unterstützungsagentur der Lehrkräfte – das bereitet durchaus Probleme.



Ob zentrale Verordnungen bis ins kleinste Detail den Erfolg der SchülerInnen beflügeln, stellen die Grünen in Frage.

Bisher ist der Verband in der Jugendarbeit aktiv. Qualifiziert ihn das für die Trägerschaft von Schulen?

Im Bereich der frühkindlichen Bildung setzen wir zu einem Großteil auf Elternkindgruppen und Freie Träger. Wohlfahrtsverbände und kirchliche Träger engagieren sich erfolgreich mit großem Know-how seit vielen Jahren in diesem Bereich. Sie betreiben eine Vielzahl von zertifizierten Bildungseinrichtungen. Auch in der außerschulischen Bildung sind einige Träger sehr erfahren. Es leuchtet mir nicht ein, dass es beim Thema Schule so viele Bedenken gibt, bei der Bildung von wesentlich jüngeren Kindern hingegen nicht. Außerdem sind auch eigenständige Schulen nicht völlig freischwebend. In Ziel- und Leistungsvereinbarungen kann beispielsweise die Abiturientenquote genauso festgelegt werden wie andere Leistungsvorgaben. Wie die Schulen das hinbekommen, sollte indes ihre Sache sein.

Die Möglichkeit für eigenständige Schulen besteht bereits im Schulgesetz. Vier von 170 Schulen haben davon Gebrauch gemacht. Spricht diese Zahl wirklich dafür, dass Schulen eigenständiger werden?

Das Bremer Schulgesetz ist fortschrittlich und ermöglicht den Schulen bereits einiges. Die Berufsschulen haben schon viele Freiheiten als Regionale Bildungszentren bekommen. Das scheint bisher vielen Schulen auszureichen. Dennoch – auf der anderen Seite wird mehr „echte“ Autonomie gefordert: mit weniger Steuerung von oben. Das eigene Gebäudemanagement wünschen sich manche. Ich halte die Idee einer umfassenden Autonomie für ein gutes Modell, um die Qualität der Schule zu verbessern.

Die Kinderschule unter staatlichem Dach will sich zur Schule für alle von Klasse 1 bis 10 weiterentwickeln. Findet dieses Ansinnen inzwischen Rückhalt und wäre es nicht ein Signal, wie sich staatliche Schulen selbst reformieren können?

Die Kinderschule ist eine bewährte und hoch anerkannte Reformschule unter Aufsicht des Staates. Das war nicht immer so. Sie hat sich aus einer Elterninitiative entwickelt und geht gezielt andere Wege der inneren Mitbestimmung und Gestaltung. Ich wünsche mir, dass mehr staatliche Schulen sich auf diesen Weg machen. Oder ihren eigenen Weg gehen. Zum Beispiel setzt die Gesamtschule Mitte an der Brokstraße auf Lernbüros statt den herkömmlichen 45-Minuten-Takt. In Obervieland entsteht derzeit ein Reformgymnasium mit dem Angebot, das Abitur nach 13 Jahren zu machen. Das sind wichtige Impulse für das Schulsystem. In Bremen fehlt aus meiner Sicht darüber hinaus eine Laborschule, die gemeinsam mit der Universität aufgebaut wird, um die neueste Lernforschung umzusetzen.

Worauf kommt es jetzt an?

Zentral ist, die Steuerung zu verändern. Der Kapitän und seine Crew kennen ihr Schiff aus dem Effeff. Sie kennen die Passagiere am Besten. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion achtet auf die Einhaltung der Fahrtroute. Sie muss dafür aber nicht die vielen Details an Bord regeln. Es müssen nicht alle unter der gleichen Flagge segeln, wenn allgemein gültige Standards gesetzt sind.



Bio-Fisch à la Bremerhaven

Die Grünen informieren sich in einer Fischmanufaktur der Seestadt über die Vorzüge der nachhaltigen Fischzucht. Die natürlichen Bestände müssen besser geschützt werden.

Der fischereipolitische Sprecher der Bürgerchaftsfraktion, Frank Willmann, besuchte jüngst das Werk der Fischmanufaktur Deutsche See in Bremerhaven. Dort informierte sich der Abgeordnete über die Verarbeitung von Bio-Lachs.

Ein Lachs nach dem anderen läuft über das Band der Produktionshalle. Fisch um Fisch wird maschinell enthauptet, entgrätet, filetiert und verpackt. Zahlreiche MitarbeiterInnen überwachen den Prozess. Die Deutsche See verarbeitet ausschließlich nach dem Gütesiegel MSC

zertifizierten Bio-Lachs aus schottischen Aquafarmen, erklärte Produktionsleiter Heiko Frisch. Die Fischzucht sei nötig, um den stetig steigenden Bedarf nach Meerestieren zu decken. Viele natürliche Bestände sind durch die gnadenlose Überfischung bedroht. Frank Willmann sprach sich deshalb für ein Rückwurfverbot für Beifang, die Ausweitung der Schutzzeiten und Schonzonen und den Abbau von Flottenkapazitäten aus. Die Fischfangmengen müssten strikt nach den Empfehlungen der Fischereiwissenschaft festgelegt werden. Frank Willmann: „Die Weltmeere sind nahezu leergefischt. Der Fischfang muss drastisch eingeschränkt werden. An der Aquakultur führt in Zukunft kein Weg vorbei. Wichtig für uns



Frank Willmann (re.) informierte sich über die Verarbeitung von Fischen aus nachhaltiger Zucht.

Grüne ist, dass die Fischzucht nachhaltig und ökologisch geschieht. Nur das garantiert, dass Fische unter möglichst natürlichen Bedingungen aufwachsen. Der Einsatz von Antibiotika wird so ausgeschlossen. Die Deutsche See hat mit der Bio-Fisch-Verarbeitung einen zukunftsweisenden Weg eingeschlagen. Das ist gut für die Umwelt, die VerbraucherInnen und den Standort Bremerhaven.“

Das Land Bremen fördert die nachhaltige Meerestierzucht. Jetzt entsteht in Bremerhaven das Zentrum für Aquakulturforschung. Damit unterstützt das Land eine bundesweit einmalige Schnittstelle zwischen Wissenschaft und nachhaltiger Fischereiwirtschaft.

Binnendüne samt Umfeld schützen

Das wertvolle Naturareal in Bremen-Nord mit dem Urnengräberfeld aus der Bronzezeit soll im Zuge des neuen Flächennutzungsplans unter Schutz gestellt werden.

Wie die 10.000 Jahre alte Binnendüne in Bremen-Bockhorn soll auch ihre wertvolle Umgebung unter Landschaftsschutz gestellt werden.

„Dieses Gebiet weist eine Artenvielfalt auf, die schutzwürdig ist. Dort leben z.B. rund 60 Tierarten, von denen einige wie das Rebhuhn oder die Zwergfledermaus auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen. Außerdem ist das Areal auch archäologisch bedeutsam. Hier sind bereits 3000 Jahre alte Graburnen aus der Bronzezeit gefunden worden“, betont Dirk Schmidtman. Für den Nord-

Bremer Bürgerschaftsabgeordneten der Grünen ist deshalb klar, dass das Areal wieder in das Landschaftsschutzprogramm aufgenommen wird.

Aus diesem Schutz war es zu Zeiten der Großen Koalition herausgenommen und im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche ausgewiesen worden. Die Wohnungsbaugenossenschaft Gewosie wollte daraufhin im Umfeld der Binnendüne etliche Wohnblöcke errichten. Doch der dafür nötige Bebauungsplan wurde nie aufgestellt. Die Grünen hatten den Schutz der Binnendüne im Koalitionsvertrag aus-

drücklich vereinbart. Im neuen Landschaftsschutzplan, den das Umweltressort derzeit erarbeitet, soll auch das Umfeld der Düne unter Schutz gestellt werden. Das soll im Zuge des neuen F-Plans erfolgen. „Wir Grünen haben keinen Zweifel, dass es so kommen wird. Das ist auch im Sinne der Aktionsgemeinschaft Binnendüne, die sich seit Jahren wie wir für den Schutz dieses Gebietes einsetzt“, so Dirk Schmidtman.



Frauen in Führungspositionen

Unternehmen in der Privatwirtschaft sollen gesetzlich verpflichtet werden, Frauen stärker zu fördern und bestehende Nachteile im Arbeitsleben abzubauen. Bremen unternimmt nun einen entsprechenden Vorstoß im Bundesrat, der auf einer Parlamentsinitiative der Koalition beruht. „Kaum hatte Bundesarbeitsministerin von der Leyen die Frauenquote gefordert, wurde sie von der Kanzlerin im vorausweisenden Gehorsam vor der FDP zurückgepfiffen. Ob in den Chefetagen oder beim Lohn – deutsche Arbeitnehmerinnen hinken bei der Gleichstellung im internationalen Vergleich massiv hinterher. Wir brauchen keine verhallenden Appelle mehr. Wir wollen eine gesetzliche Regelung“, betont die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch.

Mit der Bundesratsinitiative fordert Bremen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. In Aufsichtsräten soll eine Frauenquote von 40 Prozent eingeführt werden. Die Unternehmen sollen sich außerdem verpflichten, Programme zu entwickeln, mit denen Frauen gleiche Chancen wie Männer erhalten. Dazu gehört auch der gleiche Lohn für gleiche Arbeit. Nicht zuletzt sollen die Betriebe familiengerechte Arbeitsbedingungen schaffen. Insbesondere Arbeitszeiten und Präsenzpflichten sollen an die Erfordernisse von Kinderbetreuung und Pflegebedürftigkeit von Angehörigen angepasst werden.



service *impresum*

Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN in der
Bremischen Bürger-
schaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
E-Mail: fraktion@
gruene-bremen.de
Internet: www.gruene-
fraktion-bremen.de

Gestaltung
Designbüro Möhlen-
kamp
Relaunch + Satz
Thomas Kollande
Texte
M. Makosch, C.
Kulmann
Fotos
E. Meier, M. Makosch,
C. Kulmann, iStock-
photo

V.i.S.d.P.:
Matthias Makosch
Fraktion Bündnis 90/
DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Druck: Geffken &
Köllner, Bremen